

Vorlage Nr.: **2023/0841**
 Verantwortlich: **Dez. 1**
 Dienststelle: **versch.**

Aktueller Sachstandsbericht des Dezernates 1 zum Haushaltssicherungs-prozess Teil 2

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Hauptausschuss	12.09.2023	10.1		x	

Kurzfassung

Der Hauptausschuss nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen des Haushaltssicherungsprozesses Teil 2 zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:		Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:	
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates		Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.	
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Notwendigkeit der Haushaltssicherung Teil 2

Jeweils in Mio.€

Mifri Finanzplanung DHH 22/23 für 2024	-102
HHS Teil 1 (Maßnahmen)	56
Verbesserung zur Haushaltsbewirtschaftung (v.a. finanzielle Mehrerträge)	48
Zwischensumme (nach Ergebnis HHS Teil 1)	2
↓	
<ul style="list-style-type: none"> • Anstieg der Energie- und allgemeinen Verbraucherpreise, Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine • Auswirkung Beteiligungsergebnisse auf den städt. Haushalt (zusätzlich) 	<p style="text-align: right;">-25</p> <p style="text-align: right;">-40</p>
Zwischensumme (Voraussetzung für HHS Teil 2)	-63
↓	
HHS Teil 2 (Maßnahmen)	31
Sonstiges (nach Verzinsung und Korrekturen)	-6
Verbesserung in der Haushaltsbewirtschaftung	38
Ziel	0

Die Stadt Karlsruhe hat im Rahmen des Gesamtkonzepts zur „Haushaltssicherung“ geeignete Maßnahmen entwickelt. In der Stufe 3 waren Maßnahmen aus der Mitte der Mitarbeiterschaft zu erarbeiten. Das Maßnahmenpaket für Teil 1 wurde in der Gemeinderatssitzung vom 20. Dezember 2022 (Vorlagennummer 2022/2120) vorgestellt. Das Paket umfasste ein Verbesserungspotential von **circa 60,83 Millionen Euro** im Haushaltsjahr 2024 und **circa 61,02 Millionen Euro** im Haushaltsjahr 2025. Aufgrund der bisherigen Gemeinderatsentscheidungen ist das Paket nunmehr auf eine Summe von 56,16 reduziert worden.

Mit dem Maßnahmenpaket Haushaltssicherung Teil 1 und den weiteren Verbesserungen entsprechend der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung hätte der Haushaltsausgleich in 2024 und 2025 erreicht werden können. Aufgrund der eingetretenen Entwicklungen auf dem Energiemarkt, der allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen und der höheren Verlustabdeckung der städtischen Beteiligungsgesellschaften kommen auf die Stadt Karlsruhe jedoch weitere Belastungen zu, die so in der ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen waren. Die Verwaltung prognostizierte diese Mehrbelastung auf weitere rund 65 Millionen Euro pro Haushaltsjahr. Folglich wurde eine Erweiterung des Haushaltssicherungsprozesses um eine Haushaltssicherung Teil 2 (HHS Teil 2) notwendig. In der Haushaltssicherung Teil 2 sollten durch Maßnahmen der Dienststellen weitere 30 Millionen Euro im Ergebnishaushalt in 2024 und in 2025 eingespart werden. Die verbleibenden circa 35 Millionen Euro sollen durch einen konsequenten Haushaltsvollzug in den jeweiligen Haushaltsjahren erreicht werden.

Um die städtische Handlungsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können, haben die Fachdezernate und Fachämter daher bis Ende März 2023 die nachfolgenden Einsparvorschläge erarbeitet, die analog zu HHS Teil 1 im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt wurden.

1. Nennung der reduzierten Budgets oder erzielten Mehrerträge - Übersicht Dezernat 1 ohne Stadtamt Durlach und Ortsverwaltungen

Dienststelle / Reduzierung bzw. Mehrerträge in Euro	Personal-budget	Sachaufwands-budget	Transfer-aufwands-budget	Erträge
Hauptamt		130.809 €	45.750 €	
Stabsstelle SAM		34.030 €		
Stabsstelle VME		24.846 €		
Presse- und Informationsamt		44.000 €		
Rechnungsprüfungsamt	9.060 €	27.557 €		
Zentraler Juristischer Dienst				86.200 €
Gesamt	9.060 €	261.242 €	45.750 €	86.200 €

2. Auflistung der plausibilisierten Maßnahmen mit den entsprechenden Summen

Zuständigkeit Verwaltung

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe Vorschlag (2024)	Erwartete Summe (2024)
Hauptamt	Reduzierung der Delegationsgröße bei Reisen	10.000 €	10.000 €
Hauptamt	Reduzierung des Standards im Hauptamt	60.000 €	60.000 €
Hauptamt	Reduzierung des Standards in den Dezernaten	3.809 €	3.809 €
Hauptamt	Reduzierung durch Teilabschaltung der Anstrahlung von öffentlichen Gebäuden	10.000 €	10.000 €
Hauptamt	Reduzierung: Keine Plenarsitzungen und Klausurtagungen des Gemeinderates außer Haus durchführen	30.000 €	30.000 €
Presse- und Informationsamt	Reduzierung Stadtzeitung	44.000 €	44.000 €
Rechnungsprüfungsamt	Reduzierung Personalaufwand (0,15 VZW), Sachkosten und Miete	36.617 €	36.617 €
Stabsstelle SAM	Reduzierung Sachkostenbudget SAM	34.030 €	34.030 €
Stabsstelle VME	Reduzierung bei der Innen- und Außendarstellung der Korridor-themen	13.521 €	13.521 €
Stabsstelle SAM	Reduzierung Sachkostenbudget VME	11.325 €	11.325 €
Zentraler Juristischer Dienst	Ertragssteigerung Gebührenerhöhung bei öffentlich-rechtlichen Namensänderungen	1.400 €	1.400 €
Zentraler Juristischer Dienst	Ertragssteigerung bei der unteren Denkmalschutzbehörde.	40.000 €	40.000 €
Gesamt		294.702 €	294.702 €

Zuständigkeit Ausschuss/Gemeinderat

Bereich/Amt	Maßnahme Name	Summe Vorschlag (2024)	Erwartete Summe (2024)
Hauptamt	Reduzierung der Zuschüsse (um 10%) an die Bürgervereine/AKB	5.000 €	5.000
Hauptamt	Reduzierung: Gewährung einer Mobilitätspauschale bei Verzicht auf Freifahrtberechtigungen und Parkwertkarten für Ratsmitglieder	17.000 €	17.000
Hauptamt	Wegfall der Mittel für die Entwicklungspartnerschaft (Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe e.V.)	30.750 €	30.750
Hauptamt	Wegfall der Mittel für die Entwicklungspolitischen Bildungsarbeit	10.000 €	10.000
Zentraler Juristischer Dienst	Ertragssteigerung Gebührenerhöhung bei den unteren Umweltverwaltungsgebühren und in der unteren Denkmalschutzbehörde	25.800 €	25.800
Zentraler Juristischer Dienst	Ertragssteigerung Gebührenerhöhung VerwGeb öffentliche Leistungen.	1.500 €	1.500
Zentraler Juristischer Dienst	Ertragssteigerung Gebührenerhöhung VerwGeb Tätigkeit GA/GrBewSt.	17.500 €	17.500
Gesamt		107.550 €	107.550
Gesamt Zuständigkeit Verwaltung + Ausschuss/Gemeinderat		402.252 €	402.252 €

3. Gibt es besondere strategische Ziele, die Sie sich in den nächsten Jahren vornehmen?

Details siehe Ziffer 3 der Anlagen 1 bis 6